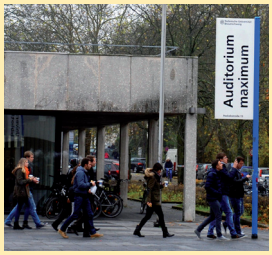
Volksfreund

Zeitung der SPD Braunschweig

Ausgabe Dezember 2013

Europa ist überzeugend!

Annegret Ihbe ist die Kandidatin der SPD Unterbezirke der Region Braunschweig für die Europawahl am 25. Mai 2014. In den kommenden Wochen möchte sie die Menschen von Europa überzeugen. S. 2



Studieren ohne Gebühren

Im Landtag wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2014/2015 vorsieht.
S. 3

„Kommunalpolitik bedeutet, die Lebensumstände von Menschen verbessern zu wollen.“

Ulrich Markurth als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters bestätigt

Seit dem 7. Dezember ist es offiziell: Die Braunschweiger SPD hat den Ersten Stadtrat der Stadt Braunschweig, Ulrich Markurth, als ihren Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters bestätigt. Auf dem Nominierungsparteitag stellte der gebürtige Braunschweiger in einer mitreißenden Rede die Leitgedanken und –zielstellungen für sein kommunales Wirken vor. „Nirgendwo wirkt Politik so direkt, kann man gemeinsam so erlebbar Zusammenleben gestalten, wie in der eigenen Stadt. Kommunalpolitik bedeutet, die Lebensumstände von Menschen konkret verbessern zu wollen“, so Markurth. Als ehemaliger geschäftsführender Vorstand des Arbeiterwohlfahrt Bezirksverbandes Braunschweig weiß Ulrich Markurth wovon er spricht, wenn er seinen Zuhörern erläutert, warum er vor allem ein gutes soziales Klima als Voraussetzung für ein prosperierendes Braunschweig hält. Als konkretes Beispiel liefert der Dezernent für Soziales, Schule, Gesundheit und Jugend die öffentlich geförderte Beschäftigung, an der die Stadt Braunschweig trotz Wegbrechen der Bundesmittel aus eigener Kraft festgehalten und an die VHS-Tochtergesellschaft „Volkshochschule, Arbeit und Beruf GmbH“ übertragen hat. Dadurch konnten Projekte aufrecht erhalten werden, die Langzeitarbeitslose in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen bringen oder Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, die sie auf den Einstieg in den 1. Arbeitsmarkt vorbereiten. Für Markurth wird es eine der großen Herausforderungen der Kommunalpolitik bleiben, der Schere zwischen steigender Nachfrage nach hochqualifizierten Fachkräften und sinkender Nachfrage für Menschen ohne Ausbildung mit solchen Angeboten zu begegnen. Und dann ist da noch das Thema der Inklusion, das nach der Ratifizierung der UN-Resolution für die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch kommunal wirksam wird. Aus Ulrich Markurths Sicht ebenso eine zentrale Aufgabe, die sowohl im konkreten kommunalen Handeln Niederschlag finden, als auch gesamtgesellschaftlich als Querschnittaufgabe begriffen werden muss. „Vielfalt zu einer Stärke zu machen und die unterschiedlichen Interessen zum Ausgleich zu bringen, ist eine spannende kommunalpolitische Herausforderung“, so Ulrich Markurth. Die Delegierten des ordentlichen Unterbezirksparteitags stimmten mit überwältigender Mehrheit für ihren Oberbürgermeisterkandidaten, der zur Wahl am 25. Mai 2014 antreten wird.

„Vielfalt zu einer Stärke zu machen und die unterschiedlichen Interessen zum Ausgleich zu bringen, ist eine spannende kommunalpolitische Herausforderung“.

Ulrich Markurth

Zur Person

Annegret Ihbe
geb. 1952 in Dinslaken, Niederrhein

Beruf: Lehrerin, Schulleiterin, Dezernentin in der Niedersächsischen Landesschulbehörde.
Engagement: Mitglied der SPD seit 1981, Mitglied der Gewerkschaft GEW.
Themen: Bildung, Gleichstellung
Kommunalpolitik:
Bezirksratsmitglied Lehndorf- Watenbüttel, SPD-Ratsfrau, Bürgermeisterin. Mitglied im Personal-und Finanzausschuss, Wirtschaftsausschuss.

Spaziergang des Gedenkens

Die steinerne Trauernde am Dom

An vielen Braunschweiger Ecken gehen wir vorüber, ohne um ihre Vergangenheit während der Zeit des Nationalsozialismus zu wissen. Mittlerweile sind an einigen Schauplätzen von Verbrechen und Krieg in der Innenstadt Gedenktafeln angebracht worden, um die Erinnerung an das Geschehene wach zu halten. So eine Bronzetafel an der Wand der Schöppenstedter Straße 31. Sie mahnt den Tod von 96 Menschen, die beim verheerenden Bombenangriff am 15. Oktober 1944 im Keller des Hauses Opfer des von Nationalsozialisten begonnen Bombenkrieges wurden. Aber auch an zentralerer Stelle in der Innenstadt lohnt es sich, bei einem Bummel durch die weihnachtliche Braunschweiger Innenstadt die Augen für Orte des Gedenkens zu öffnen und einen Moment inne zu halten. Eine Gelegenheit bietet sich zwischen Weihnachtsmarktbuden auf der Rückseite des Doms. Dort erinnert die steinerne Trauernde an Opfer und Verderben des zweiten Weltkrieges. Informationen zu Braunschweiger Gedenkstätten finden sich auf verschiedenen Seiten im Netz, unter anderem auf **www.vernetztes-gedaechtnis.de**.

„Europa ist überzeugend!“

Interview mit Annegret Ihbe, der Braunschweiger SPD-Kandidatin für das Europaparlament

Annegret Ihbe

Am 22. November 2013 wurde Annegret Ihbe von den SPD Unterbezirken der Region Braunschweig einstimmig als Kandidatin für die Europawahl am 25. Mai 2014 bestätigt. In den kommenden Wochen möchte sie die Menschen von Europa überzeugen, so die Braunschweigerin im Interview mit der Volksfreund-Redaktion.

Frau Ihbe, angesichts der Finanzkrise und deren Folgen wie der hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Staaten, müssen noch viele Menschen überzeugt werden für Europa zu stimmen und am 25.Mai 2014 zur Wahlurne zu gehen. Was sind Ihre Argumente?

Annegret Ihbe: Zunächst einmal: Es lohnt sich weiter an der EU zu arbeiten, damit Europa sozial gerechter und effektiver wird. Die Grundpfeiler der EU überzeugen mich. Rechtstaatlichkeit, Demokratie, Anerkennung gemeinsamer Grundrechte und der Menschenrechte. Diese Errungenschaften haben anders als in vielen Ländern der Erde seit über einem halben Jahrhundert ein Leben in Frieden und Freiheit ermöglicht. Das halte ich für ein großes Privileg. Deshalb ist Europa für mich überzeugend. Europa geht uns alle an. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir in Deutschland als Exportnation vom europäischen Binnenmarkt profitieren und unser wirtschaftlicher Erfolg ganz wesentlich auf dem vereinten Europa und der Eurozone fußt.

Sie sind Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig und Mitglied im Rat der Stadt Braunschweig. Was bewegt Sie, als profilierte Kommunalpolitikerin für das europäische Parlament zu kandidieren?

Annegret Ihbe: In der Kommunalpolitik ist man ganz nah an der Lebenswirklichkeit der Menschen. Dabei habe ich in meiner langjährigen politischen und gewerkschaftlichen Arbeit erlebt, wie abgehängt und perspektivlos sich arbeitslose Jugendliche fühlen. Eine qualifizierte Bildung und ein guter Übergang in den Beruf steigern die Berufs- und Lebenschancen enorm. Die erfolgreichen Bildungsprogramme der EU sind auszubauen zum Studium und zur Ausbildung. Weiterhin ist für eine gesunde Wirtschaftspolitik wichtig einerseits die Arbeitgeberseite zu sehen, andererseits auch die Arbeitnehmerrechte zu stärken. Die in Europa drängenden Probleme, wie Jugendarbeitslosigkeit und ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen sind konsequent anzugehen. Außerdem brauchen wir eine schärfere Regulierung des Finanzsektors und eine Finanztransaktionssteuer.

Was muss aus Ihrer Sicht europäische Politik für die Region Braunschweig tun?

Annegret Ihbe: Es müssen gezielt Fördergelder der EU in die Region kommen, damit mittelständische Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. Dabei ist das Zusammenwirken von EU, Land Niedersachsen und Kommune von großer Bedeutung. Gerade die Infrastruktur im strukturschwächeren Südniedersachsen muss weiter entwickelt werden. Braunschweig selbst ist mit VW, den Hochschulen, Einrichtungen wie dem DLR, dem Forschungsflughafen und vielen sehr innovativen Unternehmen ein europäisches Kompetenzzentrum der Mobilität. Dahingehend müssen wir uns auf europäischer Ebene noch stärker vernetzen. Unserer Region wird es sehr gut tun, wieder eine eigene Vertreterin im europäischen Parlament zu bekommen. Auch das halte ich für ein überzeugendes Argument, am 25. Mai 2014 zur Europawahl zu gehen!

SPD-Resolution zu Eckert & Ziegler: „Es wird es keine Erweiterung der Geschäftsfelder geben“

Die Braunschweiger SPD sieht seit 2011 erheblichen Klärungsbedarf bezüglich der Erweiterungsabsichten der Firma Eckert & Ziegler in Thune. Seit Längerem kritisiert sie die mangelnde Transparenz im derzeitigen Umgang mit nuklearem Material, dessen Verarbeitung und die zukünftigen Planungsabsichten der Firma. Aus diesem Grund brachte die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig Ende 2011 einen Antrag zur Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes ein. Dessen Ziel ist es, Bedingungen für den Betrieb von Anlagen zur Behandlung von – insbesondere radioaktiven – Abfällen zu analysieren, zu definieren und neu zu regeln. Bis zu einer eindeutigen Klärung wurde eine Veränderungssperre für das Bauvorhaben verhängt.
Eine mögliche Wende im Fall Eckert & Ziegler könnte ein aktueller Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration bringen. Nach Auffassung des Landesministeriums sei die Stadt Braunschweig neben der Verkehrsbelastung, der Staubentwicklung und der Lärmemission auch in atomrechtlichen Angelegenheiten berechtigt, einen Bauantrag zu bewerten. Dies ermöglicht der Politik in Braunschweig neue Möglichkeiten im Umgang mit den Erweiterungsabsichten der Firma Eckert & Ziegler in Thune!
Die SPD nimmt die Sorgen und Ängste der Bürger in den Stadtteilen vor Ort ernst und hat folgende Punkte in einer Resolution verfasst:

Das Fimengelände von Eckert & Ziegler grenzt unmittelbar an ein Wohngebiet

- Mit der Braunschweiger SPD wird es keine Erweiterung der Geschäftsfelder der Firma Eckert & Ziegler und deren Partnerfirmen am Standort Thune geben.
- Die SPD fordert das Umweltministerium des Landes Niedersachen auf, eine Neubewertung der radioaktiven Umgangsgenehmigungen durchzuführen.
- Für die Stadtteile Wenden und Thune soll eine tragbare Lösung im Nutzungskonflikt zwischen der Wohnbebauung und der industriellen Nutzung erarbeitet werden.

Die komplette Resolution finden Sie auf **www.spd-braunschweig.de**.

Aus dem Landtag

Ab dem Wintersemester 2014/2015 heißt es „Studieren ohne Gebühren“!

Liebe Leserinnen und Leser,

der Landtag und seine ständig tagenden Ausschüsse haben sich im Verlauf des Oktobers und Novembers mit mehreren gewichtigen Themen beschäftigt. So brachte das Wissenschaftsministerium den Gesetzentwurf zur Abschaffung von Studiengebühren in die parlamentarischen Gremien ein.
Zum Wintersemester 2014/2015 werden die Studiengebühren in Niedersachsen abgeschafft. Mit dem von der Landesregierung im Oktober eingebrachten Gesetzentwurf wird ein zentrales Wahlversprechen der Regierungsfraktionen von SPD und Grünen eingelöst, das für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgt. Damit endet der Spuk, den die Studierenden in unserem Land CDU und FDP zu verdanken hatten. Niedersachsen hat zu Zeiten der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung 2007 als erstes Bundesland diese ungerechten Gebühren eingeführt. Aufstieg und Qualifikation über Bildung sollen aber für alle möglich sein. Es zählt nicht die soziale Herkunft, sondern entscheidend ist: Wer weiterkommen und sich entwickeln will, dem muss Politik diese Chancen auch bieten. Das machen wir hiermit. Ich meine, es wurde höchste Zeit, diese Bildungsungerechtigkeit zu beenden! Ein weiterer Punkt, der für mich wichtig ist: Den Hochschulen im Bildungsland Niedersachsen werden die Einnahmen vollständig ersetzt, die durch die Abschaffung der Studiengebühren entfallen. Es wird stattdessen Studienqualitätsmittel aus dem Landeshaushalt geben, die für die Verbesserung der Lehre an den Universitäten und Fachhochschulen in Niedersachsen eingesetzt werden. Auch hier halten wir Wort, denn die Studierenden werden ein Mitspracherecht darüber haben, wofür das Geld an den Hochschulen eingesetzt wird.

Christos Pantanzis, MdL

Ihr

Christos Pantazis, MdL

NEUJAHRSEMPFANG
DES SPD-UNTERBEZIRKS BRAUNSCHWEIG

DONNERSTAG, 09. JANUAR 2014 | 18:00 UHR |
CONGRESS SAAL | STADTHALLE BRAUNSCHWEIG

WIR FREUEN UNS AUF:

Foto: Dominik Butzmann

STEPHAN WEIL,
NIEDERSÄCHSISCHER MINISTERPRÄSIDENT

ULRICH MARKURTH,
OBERBÜRGERMEISTERKANDIDAT DER SPD UND WEITERE PROMINENTE GÄSTE!

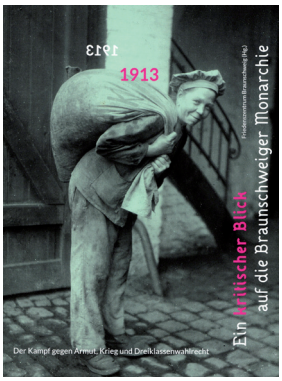
SPD-Unterbezirk Braunschweig
Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig

SPD

Telefon 05 31/480 98 21
www.spd-braunschweig.de

1913: Ein kritischer Blick auf die Braunschweiger Monarchie

Das Braunschweiger Friedenszentrum hat eine Broschüre herausgebracht, die einen ergänzenden, konträren Blick auf das von der Stadt Braunschweig gefeierte Jubiläumsjahr 1913 wirft. Die Herausgeber beleuchten die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Mehrheit der Braunschweiger, ihren Kampf gegen Armut und ihre tief verwurzelte Ablehnung des drohenden 1. Weltkriegs. So wurde das frisch vermählte Herzogspaar zwar von einigen Bevölkerungsgruppen gefeiert, von anderen wurde im gleichen Jahr gegen die Mobilisierung zum Krieg und gegen die soziale Benachteiligung der Arbeiterschaft protestiert. Auf den etwa 70 Seiten der Broschüre gelingt es den Autoren, die gesellschaftlichen Strömungen und Dynamiken des Krisenjahres 1913 herauszustellen und anhand von Quellen zu veranschaulichen. Auch die Rolle der Sozialdemokraten wird herausgeschält. Zeugnis gibt ihr Parteiblatt, der „Volksfreund – Sozialdemokratisches Organ für das Herzogtum Braunschweig“, der schon 1912 zu Protestversammlungen unter dem Titel „Krieg dem Kriege“ mobilisierte. Die Publikation gibt es für 6 € in den Buchhandlungen oder unter Tel. (0531) 351147.



Titel der Broschüre

Termine

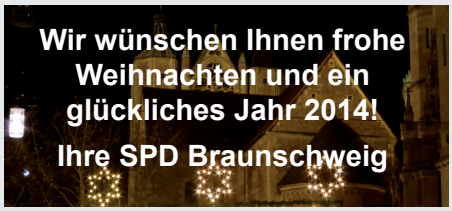
Infostand der SPD Lehndorf
Samstag 14.12.13
09.00-11.00 Uhr, Saarplatz

Infostand der SPD Braunschweig
Samstag, 14.12.13, 11.00-13.00 Uhr
Schuhstraße, Ecke Kohlmarkt

Weihnachtsmarkt auf dem Tostmannplatz mit Stand der SPD
Samstag, 14.12.13, 14.00-21.00 Uhr
Sonntag, 15.12.13, 11.00-17.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Christos Pantazis, MdL
Mittwoch, 08.01.14, 10.00-13.00 Uhr
Schlossstraße 8, 3. Etage

Neujahrsempfang der SPD Stöckheim
Freitag, 10.01.14, 18.00 Uhr,
Gemeindezentrum Leiferde



Impressum

SPD Unterbezirk Braunschweig
Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig
www.spd-braunschweig.de
www.facebook.com/SPD.Braunschweig
Redaktion/ V.i.S.d.P.: J. Retzlaff, W. Labitzke
Bilder: Archiv SPD Unterbezirk Braunschweig
Druck: bs-druck, Braunschweig
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 52.000 Ex.

Mietpreisentwicklung: SPD für bezahlbare Mieten in Braunschweig

Wer aktuell eine Wohnung in Braunschweig sucht, kennt das Problem: Bezahlbare Wohnungen sind knapp und die realen Mietpreise steigen. Doch ist dies nur eine subjektive Wahrnehmung oder gibt es tatsächlich zu wenige Wohnungen in Braunschweig? Hierzu hat die städtische Wohnungsgesellschaft Nibelungen Wohnbau GmbH (NiWo) eine Wohnungsmarktprognose für die Stadt Braunschweig bei dem renommierten GEWOS-Institut in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse liegen nun vor. Demnach steht die Stadt Braunschweig vor enormen Herausforderungen: Zu erwarten ist ein Anstieg der Bevölkerung bis zum Jahr 2020 auf knapp 260.000 Einwohner. Der demographische Wandel würde zu einer Veränderung in Bevölkerungszahl- und -zusammensetzung führen. Aus der Wohnungsmarktprognose geht demnach hervor, dass bis zum Jahr 2020 rund 4.400 neue Wohnungen benötigt werden.
Studierende und junge Familien spüren schon jetzt den Druck auf dem Wohnungsmarkt. Die SPD-Ratsfraktion hat darauf bereits reagiert: Die Nibelungen Wohnbau wurde beauftragt, gemeinsam mit der Stadt ein Konzept zur Errichtung preisgünstigen Wohnraums in Braunschweig zu erstellen. Außerdem wurde die bisherige Dividendenabführung der Nibelungen an die Stadt – immerhin 1,3 Millionen Euro – für 2013 zu einer Rücklage zur Finanzierung der Errichtung preisgünstiger Wohnungen umgewidmet. Im Projekt „Nördliches Ringgebiet“, dem seit Jahren größten Wohngebiet, das zurzeit von der Stadt geplant wird, ist die Nibelungen als Entwicklungspartner beteiligt. Im Planungsabschnitt Taubenstraße, der als erstes ab 2015 realisiert werden soll, wird es für rund 20 % der Wohnungen eine Mietpreisbindung geben.